

im
FOKUS

Ungarn ist anders



- Weg aus der Krise: Seite 34
Wetterfeste Wirtschaft
- Ungarischer Gegenentwurf: Seite 35
Mutter, Vater, Kind
- Gegen den Geburtenrückgang: Seite 35
Familie im Fokus
- Migrationspolitik: Seite 36
Europa braucht Grenzen
- Sehen, was ist: Seite 37
Plädoyer für Realpolitik
- „Hungary Helps“: Seite 37
Hilfe für verfolgte Christen
- Konnektivitätsstrategie: Seite 38
Ungarn setzt auf freien Handel
- Nationale Diversität: Seite 39
Lebendiges Brauchtum
- Ungarn im 20. Jahrhundert: Seite 39
Erinnerung und Identität
- Religiöse Vielfalt: Seite 40
Land der Minderheiten



Mit der weltberühmten Basilika gilt Esztergom (Gran) als Zentrum des ungarischen Katholizismus und des Christentums.

Foto: Shutterstock

Warum Ungarn anders ist

Budapest will das Land nachhaltig und zukunftssicher gestalten und eine pragmatische Politik jenseits ideologischer Zwänge etablieren **VON BENCE BAUER**

Wenn ich als Ungar deutsche Medien konsumiere und von meinem Heimatland die Rede ist, dann wird mir angst und bange. „undemokratisch“, „rückschrittlich“, „autokratisch“ – man könnte meinen, die wilden Taten seien zurückgekehrt. Bei näherem Hinsehen gewinne ich manchmal den Eindruck, die Vorwürfe sagen doch mehr über Deutschland selbst aus als über Ungarn, das dabei nur als Projektionsfläche dient. Manchmal sind die Anschuldigungen auch schlicht unwahr – vielleicht mit einer unlauteren Absicht vorgebracht, doch wohl eher als Resultat eines Mangels an Wissen und intellektueller Offenheit. Oft ist von den Vorwürfen nämlich genau das Gegenteil zutreffend.

Um es klar und deutlich zu sagen: Ungarn ist anders. Ungarn ist anders als es breite Teile der deutschen Berichterstattung beschreiben, anders als es sich die medialen Ferndiagnostiker vorstellen und anders als es eine eher linksliberale deutsche Medienöffentlichkeit wahrhaben will. Ungarn ist auch anders als die deutsche Politik und freilich ganz anders als die Regierungspolitik der gegenwärtigen Ampelregierung. Insoweit wird es von vielen Bürgerlichen als ein Gegenmodell zum identitätspolitischen Einheitsdrall westeuropäischer Provenienz wahrgenommen. Einige erkennen das alte christdemokratische Deutschland wieder, vielleicht kann man auch zu Recht behaupten, der Westen sei allmählich in den Osten gezogen.

Viele in Deutschland verfolgen voller Neugier, welche wichtigen Pfeiler Ungarn mit seiner eigenwilligen und ambitionierten Politik einschlägt. Die bürgerliche Regierung ist seit mehr als 14 Jahren im Amt, der Ministerpräsident der Dienstälteste des Europäischen Rates. In der zweiten Jahreshälfte 2024 hat das Land die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. In 14 Jahren wurde die Regierungskoalition von Fidesz und Christlich-Demokratischer Volkspartei vom ungarischen Elektorat viermal in der Folge mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit ausgestattet. Aus diesem Grund kann die ungarische politische Führung eine mutige und entschlossene freiheitlich-konservative Reformagenda umsetzen, die international für Beachtung sorgt. Das ungarische Kernanliegen war und ist dabei, das Land nachhaltig und zukunftssicher zu gestalten, die eigene Bevölkerung zu schützen und eine neue pragmatische Politik jenseits ideologischer Zwänge zu etablieren.

Ein wichtiger Baustein des ungarischen Handelns ist die Besinnung auf eigene Stärken und Werte, auf die Grundlagen des jüdisch-christlichen Abendlandes, auf die Selbsterhaltungskräfte und historischen Erfahrungen der ungarischen Nation sowie auf die Selbstbehauptung des Landes. Zentral sind der christliche Glaube sowie die nationale und europäische Identität. Die Ungarn sind begeisterte Europäer und wollen dazugehören. Bei den letzten Europawahlen 2024 lag die

Wahlbeteiligung bei knapp 60 Prozent – so hoch wie noch nie in Ungarn und dieses Jahr die fünfthöchste in der Europäischen Union. Auch der ungarischen Politik ist Europa wichtig. Der Slogan der ungarischen Ratspräsidentschaft („Make Europe Great Again“) zeugt von der Motivation, dass Europa zu alter Größe zurückfinden kann und muss. Ungarn möchte hierzu eigene Impulse setzen.

In den folgenden zehn Beiträgen beleuchten anerkannte Experten, Analysten und Wissenschaftler verschiedene relevante Eckpfeiler der ungarischen Gesellschaft und Politik. Den Autoren ist gemein, dass sie in verschiedenen Funktionen am Mathias Corvinus Collegium (MCC) arbeiten. Das 1996 gegründete MCC ist das führende Begabtenförderungswerk in Ungarn, ein Fachkolleg mit extracurricularer Ausbildung und mittlerweile auch der größte Thinktank des Landes; mit eigenem Buchverlag und verschiedenen Instituten. Mit 7600 Studenten und Schülern an 30 Standorten in Ungarn und in den Nachbarländern sowie in Brüssel leistet das MCC eine wichtige Arbeit für die Ausbildung einer neuen Generation, die international erfahren, neugierig und intellektuell offen sein soll, aber auch zum Wohle ihres Vaterlandes sich einsetzen bereit ist. Das MCC ist ein einmaliger Leuchtturm in der ungarischen Wissenschaftslandschaft. Den Bereich der deutschsprachigen Länder verantwortet das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusam-

menarbeit, das 2020 gegründet wurde. Als Direktor des Instituts möchte ich Sie herzlich einladen, sich mittels der auf den folgenden Seiten abgedruckten zehn Artikel ein eigenes Bild vom Land der Magyaren zu machen. Lassen Sie sich auf Ungarn ein, es lohnt sich!



Bence Bauer LL.M. ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium in Budapest/Ungarn. Er ist Mitherausgeber von „Hungarian Conservative“ und publiziert zu zeitgeschichtlichen und europapolitischen Themen in verschiedenen Medien in deutscher, englischer und ungarischer Sprache. Er ist Träger des Ungarischen Verdienstkreuzes in Gold und Mitglied des Aufsichtsrates der Buchhandels-gesellschaft Libri-Bookline. Zuletzt erschien sein Buch „Ungarn ist anders“ bei MCC Press.



Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank ab 2010 erheblich, die Beschäftigungsquote stieg von 62 Prozent auf 81 Prozent. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wurde gestärkt.

Foto: Shutterstock

Ohne Fleiß kein Preis

Ungarn fand nach 2009 aus der Wirtschaftskrise und machte seine Soziale Marktwirtschaft wetterfest VON GÉZA SEBESTYÉN

Im Jahr 2009 lag die ungarische Wirtschaft am Boden. Das Bruttoinlandsprodukt befand sich im freien Fall. Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP war innerhalb von acht Jahren um fast 30 Prozentpunkte angestiegen. Die Leistungsbilanz hatte seit mehr als 15 Jahren ein unhaltbares Defizit aufgewiesen und die Regierungen waren seit langem nicht in der Lage gewesen, das Haushaltsdefizit unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent zu senken. Zudem konnte ein erheblicher Teil der ungarischen Familien die gestiegenen Ratenzahlungen ihrer zuvor aufgenommenen Fremdwährungskredite in Schweizer Franken, wenn überhaupt, nur mit großer Mühe zurückzahlen.

Die 2010 gewählte neue Regierung stand vor einem wirtschaftlichen Scherbenhaufen. Wie Baron Münchhausen musste sich Ungarn an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen. Gemäß dem berühmten archimedischen Ausspruch, er könne die Erde anheben, wenn er nur einen festen Punkt und einen ausreichend langen Hebel hätte, brauchte das Land einen Fixpunkt. Dieser Fixpunkt der ungarischen Wirtschaft ist die Arbeitsgesellschaft geworden. Ungarns größtes Problem war seine beklagenswert niedrige Beschäftigungsquote. Im Jahr 2009 hatten nur zwei von drei Ungarn im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz. Nur Rumänien, Malta und Italien wiesen schlechtere Kennziffern auf. Es gab Familien, in denen ganze Generationen dem Arbeitsmarkt auf lange Sicht fernblieben.

Das steuerliche Umfeld war der Erhöhung der Arbeitsintensität der Ungarn nicht förderlich. Nur in Belgien war der Steuer- und Abgabensatz höher als in Ungarn (53 Prozent). Die ungarische Wirtschaft war um Längen weniger wettbewerbsfähig als die anderer Staaten Ostmitteleuropas, wie etwa auch die polnische Wirtschaft.

Im Jahr 2010 waren fast 250 000 Ungarn langzeitarbeitslos. Jeder siebte Mensch im erwerbsfähigen Alter lebte in einer Familie, in der niemand erwerbstätig war. Die erste und wichtigste Aufgabe bestand darin, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In der Praxis bedeutete dies, eine große Zahl von Menschen dafür zu sensibilisieren, dass es keine freiwillige Entscheidung ist, zur Arbeit zu gehen, dass man pünktlich

sein muss, dass man seine Aufgaben zu erledigen hat, dass man jeden Tag fit und in arbeitsfähigem Zustand erscheinen muss.

Der Lösung diente das 2011 aufgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm im öffentlichen Sektor. Dieses Programm sollte nicht nur die Zahl der Arbeitslosen schnell reduzieren, sondern verfolgte auch ein langfristiges Ziel: Es galt, die arbeitslosen Ungarn so schnell wie möglich an die Hand zu nehmen und ihnen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt aufzuzeigen, wo sie wettbewerbsfähige Löhne erhalten und für sich und ihre Familien einen angemessenen Lebensunterhalt sichern sollten. Dies war eine große Errungenschaft für die Massen, von denen Generationen die Arbeitswelt nur vom Hörensagen kannten.

Das ABM-Programm war in jeder Hinsicht ein gewaltiger Erfolg. Die Zahl der langzeitarbeitslosen Ungarn sank von einer Viertelmillion im Jahr 2010 auf 163 000 im Jahr 2014, 66 000 im Jahr 2018 und 60 000 im Jahr 2022. Während im Jahr 2010 einer von 20 Ungarn im erwerbsfähigen Alter von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen war, ist es heute etwa einer von 80.

Mit diesem Programm ist es nicht nur gelungen, den Arbeitslosen schnell eine bezahlte Beschäftigung zu geben, sondern sie rasch in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Zahl der hier Beschäftigten hatte sich in den ersten Jahren des Programms mehr als verdoppelt. Nach 2016 war jedoch ein deutlicher Abwärtstrend bei der Zahl der Beschäftigten zu verzeichnen. 2018 erreichte man den Stand wie zu Beginn des Programms. Im vergangenen Jahr fiel er auf knapp 50 000, also halb so viele wie vor der Einführung des Programms.

Die positiven Entwicklungen wurden auch durch eine umfassende Überarbeitung des Steuersystems unterstützt. Heute beträgt der Einkommenssteuersatz einheitlich für alle Einkommen nur noch 15 Prozent, was einen starken Anreiz für gut ausgebildete Ungarn darstellt, ihre Arbeitsintensität zu erhöhen. Auch die Abgabenlast ist inzwischen auf einem durchschnittlichen europäischen Niveau. Die Früchte der Arbeitsgesellschaft konnten in den letzten Jahren geerntet werden. Durch die Senkung der Steuern auf Arbeit, durch die Förderung

ausländischer Investitionen in das Betriebskapital ist es gelungen, fast eine Million Ungarn in die Arbeitswelt zu integrieren. 2009 betrug die Beschäftigungsquote nur 62 Prozent, eine der niedrigsten in der EU und mehr als zehn Prozentpunkte niedriger als in Deutschland. Im Jahr 2023 betrug derselbe Indikator 81 Prozent, womit Ungarn zu den führenden europäischen Ländern aufschließt und weniger als einen halben Prozentpunkt hinter Deutschland liegt. Das Beschäftigungswachstum hat zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das zwischen 2005 und 2009 nur um 2,7 Prozent pro Jahr wuchs, stieg nach 2010 sprunghaft an. Zwischen 2009 und 2023 wuchs die ungarische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 4,5 Prozent. In den letzten 14 Jahren hat das ungarische Pro-Kopf-BIP das slowakische und griechische überholt und sich Portugal und Spanien angenähert, die ihm einst deutlich voraus waren.

Das Beschäftigungswachstum hat auch das Lohnwachstum begünstigt. Vor 2010 konkurrierten die ungarischen Arbeitnehmer um Arbeitsplätze. Dies hat die Löhne niedrig gehalten. Dank der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt stehen nun die ungarischen Arbeitgeber im Wettbewerb um gute Arbeitskräfte. Dies hat zu erheblichen Lohnerhöhungen und einer Verbesserung der Lebensqualität auf Arbeitnehmerseite geführt. Doch als eine Konsequenz der EU-Freizügigkeit konkurrieren ungarische Firmen auch etwa mit deutschen und österreichischen und so bildet der Wegzug junger, gut ausgebildeter Ungarn nach wie vor ein großes Problem für das Land. Diesen Weg-

zug zu verringern ist eine Priorität der Wirtschaftspolitik.

So lässt sich konstatieren, dass die Kombination aus Beschäftigungs- und Lohnwachstum den Wert des Einkommens ungarischer Familien spürbar erhöht hat. Die Bruttolohnsumme stieg zwischen 2009 und 2023 um 118 Prozent. Kein anderer EU-Mitgliedstaat hat einen größeren Einkommenszuwachs zu verzeichnen. Auf die Ungarn folgen in der imaginären Rangliste die Polen mit einem Anstieg ihrer Lohnsumme um 107 Prozent. Am Ende der Liste finden sich die Italiener mit einem Anstieg von 24 Prozent, während die griechischen Zahlen im gleichen Zeitraum um 20 Prozent gesunken sind. Zum Vergleich: Der deutsche Indikator ist in den letzten 14 Jahren um 59 Prozent gestiegen.

Die größten Gewinner des Übergangs zu einer Arbeitsgesellschaft waren die schlechter gestellten gesellschaftlichen Gruppen. Es überrascht niemandem, dass die am stärksten von der Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen und damit größten Nutznießer des öffentlichen Arbeitsprogramms und des Beschäftigungswachstums die am wenigsten Qualifizierten waren.

Vor 2010 hatte in Ungarn nur ein Drittel der Personen mit weniger als acht Jahren Schulbildung einen Arbeitsplatz. Dank der Wende auf dem Arbeitsmarkt hat sich dieses Verhältnis nun umgekehrt: Zwei Drittel dieser Gruppe sind nun erwerbstätig. Mit anderen Worten: Die Änderung der Wirtschaftspolitik hat die Lebensqualität der Ärmsten erheblich verbessert.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Eltern war auch eine gute Nachricht für ihre Kinder: 2009 waren zwei von fünf ungarischen Jugendlichen unter 18 Jahren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Auch dieser Indikator hat sich in den letzten Jahren drastisch verbessert, da die Eltern in der Regel in Lohn und Brot sind und die Zahl der geringfügig Beschäftigten zurückgegangen ist. Heute sind nur noch halb so viele Kinder unter 18 Jahren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht wie vor 2010. Dieser Anstieg des Wohlstands hat sich auch innerhalb der Familien positiv ausgewirkt. Im Jahr 2009 befand

sich die ungarische Wirtschaft in einer schweren Krise, gekennzeichnet durch ein stark fallendes BIP, hohe Staatsverschuldung und ein langjähriges Leistungsbilanzdefizit. Die neu gewählte Regierung im Jahr 2010 stellte sich der Herausforderung, indem sie auf eine Arbeitsgesellschaft setzte. Ein zentrales Element war das 2011 eingeführte Programm zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das darauf abzielte, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dieses Programm war erfolgreich: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank erheblich, die Beschäftigungsquote stieg von 62 Prozent im Jahr 2009 auf 81 Prozent im Jahr 2023 und das steuerliche Umfeld wurde verbessert, was die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft stärkte.

Das Beschäftigungswachstum führte zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Das Pro-Kopf-BIP wuchs durchschnittlich um 4,5 Prozent pro Jahr, sodass Ungarn mehrere EU-Länder in Bezug auf das Wirtschaftswachstum überholen konnte. Die Löhne stiegen erheblich, wodurch sich die Lebensqualität der Arbeitnehmer und ihrer Familien verbesserte. Besonders profitieren konnten die unteren Schichten der Gesellschaft, da die Arbeitsmarktpolitik vielen Geringqualifizierten zu Beschäftigung verhalf. Dies führte auch zu einer deutlichen Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter Jugendlichen.

Die Erfolge zeigen sich in einer Verdoppelung der Bruttolohnsumme zwischen 2009 und 2023, was Ungarn an die Spitze der EU-Länder in Bezug auf Einkommenszuwächse brachte. Doch auch Ungarn ist nicht vor den Stürmen der Zeit gefeit: Die Folgen der Corona-Epidemie und des Ukraine-Krieges stellten das Land vor große Herausforderungen; die Bewährungsproben werden zeigen, ob 14 Jahre Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaft wetterfest gemacht haben.

Prof. Dr. Géza Sebestyén ist Leiter des Zentrums für Wirtschaftspolitik am Mathias Corvinus Collegium und Mitautor mehrerer Lehrbücher. Seine wissenschaftlichen Artikel werden in Fachzeitschriften veröffentlicht.



Géza Sebestyén.

Foto: MCC



Orbán's Regierung will westlichen Entwürfen zur Familie etwas anderes entgegensetzen.

Foto: Shutterstock

Wider den kulturellen Selbstmord

Ungarns Genderpolitik ist ein zivilisatorischer Gegenentwurf für das Europa von heute

VON BORIS KÁLNOKY

Der Vater ist ein Mann, die Mutter eine Frau: Ungarns Genderpolitik will ganz bewusst ein zivilisatorisches Gegenmodell für Europa konstruieren. Dieser prägnante Satz steht in Ungarns Verfassung. In ferner Zukunft werden Historiker sich vielleicht über diesen Satz beugen und die Frage diskutieren, wie es wohl kommen konnte, dass eine so klare Selbstverständlichkeit in die Verfassung eines Landes geschrieben werden musste. Gab es da ein Problem?

In Ungarn nicht, aber in den westlichen, liberalen Demokratien unserer Zeit sehr wohl. Auch das wird Historiker dereinst beschäftigen: Wie konnte eine Gesellschaft dahin gelangen, gesetzlich zu verankern, dass sogar Minderjährige ohne Erlaubnis ihrer Eltern ihr Geschlecht offiziell ändern können – und zwar, falls sie dazu Lust haben, jedes Jahr neu? Und wieso durften sie das, aber keinen Alkohol kaufen?

Ungarns Genderpolitik steht genau deswegen im Scheinwerferlicht der westlichen Medien: Weil im Westen aggressive Gesetzgebung als Instrument radikaler gesellschaftlicher Umgestaltung eingesetzt wird, so fundamental, dass Grundbegriffe der Biologie schlicht für ungültig erklärt werden. An der biologischen Wahrheit der zwei

Geschlechter ändert das zwar nichts, aber es soll das Bewusstsein der Menschen ändern, deren Identität. Denn wer nicht einmal mehr weiß, was „Mann“ und „Frau“ bedeutet, weiß auch nicht mehr, was Familie bedeutet, als Grundzelle der Gesellschaft.

Ein anderes Wort für eine Gesellschaft, die darauf gründet, dass sie sich über Kinder regeneriert, deren Eltern Männer und Frauen in monogamen, stabilen Ehen sind, ist „Nation“. Kulturell ist die Basis dieses Lebensentwurfs das Christentum. Der frontale Angriff gegen alles, was diesen Lebensentwurf ausmacht, erfolgt im Namen der Freiheit: Die Freiheit, das eigene Geschlecht zu ändern, Liebe und Familie anders zu leben, alles abzuwerfen, was Gemeinschaft ausmacht, Zusammengehörigkeit, Zugehörigkeit. Denn nur so könne man für immer konservative Werte und Nationalbewusstsein aushebeln. Dass dies auch einen kollektiven, kulturellen Selbstmord als Gesellschaft bedeutet, wird dabei nicht erkannt oder in Kauf genommen. Nun zu Ungarn: Die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán glaubt, dass diese westliche Genderpolitik zum Kollaps der europäischen Zivilisation führen wird. Sie versucht daher, einen Gegenentwurf anzubieten, der weit über Ungarn hinausweist.

Denn in Ungarn gibt es kaum wirklichen Bedarf für, beispielsweise, das ungarische Kinderschutzgesetz, demzufolge die sexuelle Erziehung von Minderjährigen allein den Eltern, nicht etwa dem Staat oder „progressiven“ NGOs vorbehalten bleibt. Der Wahn willkürlicher Geschlechtsumdeutungen hatte Ungarns Schulen noch nicht erreicht, als dieses Gesetz verabschiedet wurde. Es dient als Riegel: Was die westlichen, liberalen Demokratien an der Basis ihrer Gesellschaften gefährdet, soll in Ungarn gar nicht erst beginnen. Wehret den Anfängen!

Es soll wahrscheinlich aber auch in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs hineinwirken: Es geht auch anders. Man kann unsere Zivilisation retten, aber nur, wenn man etwas dafür tut, auch mittels der Gesetzgebung. Ungarns Familien- und Sozialpolitik sowie die konservative Genderpolitik dienen alle demselben Ziel: Die klassische Familie als Basis unserer jüdisch-christlichen Gesellschaft zu festigen.

Im Westen wird das vielerorts belächelt, oft mit einem treffenden Argument: Christentum, Familie, Unterschiede zwischen Mann und Frau, das alles sei doch passé, die Gesellschaft hat sich geändert, eine Rückkehr zu einer „guten alten Zeit“ wird es nicht geben. Gott ist tot. Da ist viel dran:

Der linksliberale Zeitgeist im Westen hat zu ähnlichen gesellschaftlichen Verheerungen geführt wie einst der Kommunismus im Osten. Nach dessen Zusammenbruch gab es in Ungarn keine gesellschaftliche Basis mehr für bürgerliche Politik, weil es kein Bürgertum mehr gab.

Der Kommunismus hatte diese Schicht gezielt zerstört – wie auch westliche Liberale sie gezielt zerstören wollen. Das Konzept einer bürgerlichen Identität musste neu erfunden werden. Das ist gelungen: Dank einer Politik, die Familien und Kirchen stärkt, Leistung belohnt und staatliche Leistungen an Arbeit koppelt. Aber auch dank eines politischen Narrativs, dass diese Art zu leben die einzige ist, die glücklich macht und die Gesellschaft voranbringt: Durch Leistung und Verantwortung in Familie und Gesellschaft.

Orbán ist es gelungen, eine neue bürgerliche Mittelschicht zu bilden und eine dazu gehörige Weltanschauung zu erwecken, die in Ungarn verschwunden war. Nun hat Orbán erkannt, dass all das umsonst war, wenn es nicht gelingt, auch in Europa bürgerliches Denken zu neuem Leben zu erwecken. Denn die Macht der EU ist groß. Sie kann Länder zwingen, gegen den Willen und die Interessen ihrer Bürger

zu handeln. Ungarns Genderpolitik ist insofern auch als Modell für Europa gedacht, das langfristig vielleicht durch Vernunft zu überzeugen vermag.

Boris Kálnoky ist Leiter der Medienschule des Mathias Corvinus Collegiums. Zuvor war er als Auslandskorrespondent für die Tageszeitung „Die Welt“ tätig, mit Stationen in Budapest und Istanbul. Als freischaffender Journalist schreibt er nach wie vor für deutschsprachige Medien in Deutschland und in der Schweiz.



Boris Kálnoky.

Foto: MCC

Familie im Zentrum der Vision

Die ungarische Regierung steuert mit ihrer Familienpolitik gegen den globalen Trend des Geburtenrückgangs

VON GEORGINA KISS-KOZMA



Ungarn fördert ganz gezielt Familien mit Kindern.

Fotos: Shutterstock

Alterung und Schwund der Bevölkerung, der Mangel an Arbeitskräften und die Auswanderung sind für fast alle europäischen Länder eine wesentliche Herausforderung. Die Bedeutung demografischer Prozesse kann nicht überbetont werden, denn ihre Wirkungen sind auch mittelfristig essenziell: Sie bestimmen Europas künftige Position in der internationalen Machtstruktur.

Europas Anteil an der Weltbevölkerung wird immer kleiner. Die Bevölkerung der EU-Länder macht lediglich sechs Prozent der Weltbevölkerung aus, während dieser Wert 1950 noch bei 13 Prozent lag. Die den Kinderwunsch zeigende Gesamtfertilitätsrate sank in der EU von einem Durchschnittswert im Jahre 2011 von 1,54 auf 1,46 im Jahr 2022. Die Fertilität bleibt also unter dem kritischen Niveau, das zur Erhaltung der Bevölkerung notwendig ist. Die Meinungen der Regierungen gehen jedoch bezüglich der Frage auseinander, wie man mit diesem demografischen Winter umgehen soll: In mehreren Staaten versucht man, dem Problem mit einer liberalen Ein-

wanderungspolitik zu begegnen. Kurzfristig ist massenhafte Einwanderung vielleicht in der Lage, die Symptome niedriger Fertilität zu bekämpfen, doch muss dafür ein hoher Preis gezahlt werden: Die schnelle und tiefgreifende Umwandlung der kulturellen und ethnischen Zusammensetzung stellt die Gesellschaft in vielen Bereichen vor nur schwer zu bewältigende Herausforderungen. Während die wirtschaftliche Auswirkung der Masseneinwanderung zumindest nicht eindeutig positiv ist, sind die gesellschaftlichen Folgen eines so drastischen Bevölkerungswandels eindeutig ungünstig.

Die ungarische Regierung wählte nach 2010 einen anderen Ansatz: Im Zentrum der Zukunftspläne der ungarischen Politik standen Familien mit Kindern, die Förderung des Kinderwunsches und – zu diesem Zweck – der Aufbau eines innovativen und umfassenden Familienförderungssystems. Dieses komplexe Maßnahmenpaket beinhaltet, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit: die niedrigere Besteuerung von Familien, Kindergeld für Hochschulabsolventen, günstige Kredite bei der Geburt eines

Babys sowie zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des Ausgleichs von Familie und Beruf. Darüber hinaus wurde die Zahl der Kitaplätze erhöht und Mütter mit vier oder mehr Kindern sind völlig von der Einkommenssteuer befreit; weiterhin erfolgten Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Wohnungsbeschaffung von Familien und zur Förderung von Familien in prekären Lagen. Der Regierungswechsel 2010 war in vielerlei Hinsicht ein Paradigmenwechsel, obschon wichtige sozialpolitische Elemente wie die Erweiterung der kostenlosen Kinderverpflegung, kostenlose Schulbücher sowie die Koppelung von Familiengeld an Schul- oder Kindergartenbesuch erhalten blieben. Doch während die linken Regierungen versuchten, gesellschaftliche Ungleichheiten durch erhöhte finanzielle Unterstützungen zu lindern, sahen die konservativen Regierungen die Lösung der Probleme in der Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Staat.

Dieses Gesellschaftsbild zeigte sich auch hinsichtlich der Anstrengungen zur Förderung sowie Stärkung der Familien, wobei

davon ausgegangen wurde, dass das Auskommen der Familien am effektivsten durch ein eigenes Einkommen gewährleistet werden kann. Bei der Eigenheimförderung gilt, dass Eigentum die beste soziale Absicherung ist. Die kurzfristigen Ergebnisse der Familienpolitik waren bisher eindeutig positiv: Der Anstieg des Kinderwunsches und der Anzahl der Ehen war in der EU bei den Ungarn am höchsten und der Anteil der in einer Ehe geborenen Kinder stieg ebenfalls. Die Anzahl der Scheidungen ging zurück und die Fertilitätsparameter wurden besser – die Fertilitätsrate stieg vom 2011 gemessenen Tiefwert von 1,23 bis 2021 auf 1,59; sie sank jedoch 2023 wieder auf 1,51. Der Wert der gesamten Fertilität war 2011 der niedrigste und im Jahr 2021 bereits der neunthöchste in der EU und die Geburtenzahl konnte trotz des drastischen Rückgangs der Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter gehalten und sogar geringfügig gesteigert werden. Seit 2010 bekommen also immer weniger Frauen wesentlich mehr Kinder. Parallel zum Anstieg der Kinderzahl sank die Anzahl der Abtreibungen

in dieser Zeit auf fast die Hälfte: 2022 wurden vom Statistischen Landesamt insgesamt 21 779 Abtreibungen registriert, während es 2011 noch 38 443 und 1990 sogar 90 394 waren.

Das Sicherheitsgefühl der Familien wurde jedoch in den vergangenen Jahren durch die Pandemie, den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und die globalen Schwierigkeiten der Wirtschaft beeinträchtigt, was sich auch in den Daten des Jahres 2023 zeigt. Diese Sensibilität für externe Faktoren zeigt, dass die ungarische Regierung der Familienpolitik auch weiterhin einen besonderen Stellenwert einräumen muss, wenn es ihr langfristig gelingen soll, sich dem globalen Trend des Geburtenrückgangs zu widersetzen.

Dr. Georgina Kiss-Kozma ist Forschungsdozentin an der Schule für Sozialwissenschaften und Geschichte am MCC und Forschungsleiterin am Institut für Jugendforschung des MCC. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Jugend, Bildungs- und Arbeitsmarktsituation junger Menschen, internationale Mobilität und Fragen der nationalen Minderheiten.



Georgina Kiss-Kozma.

Foto: MCC



2015 begann in Europa die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Foto: Shutterstock

Gesellschaftlicher Konsens in der Migrationspolitik

Im Gegensatz zu Brüssel unterscheidet Ungarn klar zwischen Migranten und Flüchtlingen VON VIKTOR MARSAI UND OMAR SAYFO

Die Einwanderungspolitik der ungarischen Regierung wird seit nunmehr zehn Jahren von internationalen Beobachtern sehr aufmerksam beobachtet. Das Ergebnis steht dabei oftmals fest: „Einwanderungsverweigerer“, „fremdenfeindlich“, „unmenschlich“. Dabei lohnt es sich, für ein vollständigeres Bild einen Blick auf die kulturellen und historischen Eigenarten des Landes zu werfen und sich einiger Fakten zu vergewissern, die es selten in die veröffentlichte Meinung schaffen.

Das Karpatenbecken war in den vergangenen tausend Jahren eine Drehscheibe der Völker, von der Gesellschaft des Königreichs Ungarn wurde zahlreiche Volksgruppen erfolgreich integriert, von den Schwaben aus dem Westen, über die Hunnen aus Asien bis hin zu Armeniern oder Griechen. Die Begegnungen mit Fremden waren jedoch nicht immer friedlich.

Immer wieder drohte der ungarischen Nation die Vernichtung: Durch den Tatarenzug 1241/42, die anderthalb Jahrhunderte lange Herrschaft der Osmanen, die Intervention der Österreicher, als die Revolution und der Freiheitskampf von 1848/49 blutig niedergeschlagen wurden oder durch die sowjetische Besetzung des Landes ab 1944. Die Weitergabe des Wissens um diese Katastrophen wurde zum festen Teil des Selbstseins der Nation. Es ist an den Teil auch damit zu erklären, dass die an den Zeiten in großen Massen erscheinenden unbekannt Gruppen von der ungarischen Gesellschaft 2015 mit Zurückhaltung und einer kritischen Haltung empfangen wurden.

Das Königreich Ungarn war von der Staatsgründung bis 1920 ein Vielvölkerstaat; durch den Friedensvertrag von Trianon verlor das Land dann nach dem Ersten Weltkrieg den Großteil seiner Minderheiten und ein Drittel der ungarischen Bevölkerung. Damit wurde es praktisch zu einem homogenen Nationalstaat und die dort ansässigen Minderheiten wurden durch das Erlernen der Sprache assimiliert. Ungarn hatte keine Kolonien und es gab keine Zuwanderung nichteuropäischer Einwanderer wie in Westeuropa. Obwohl in den 1990er-Jahren von Ungarn viele Flüchtlinge aus Jugoslawien aufgenommen wurden, bedeutete die Migrationskrise 2015 für die grundsätzlich homogene Gesellschaft einen noch nie dagewesenen Schock. Die ungarische Migrationspolitik wurde also in erster Linie nicht von der Regierung, sondern von der Interessen- und Motivationslage der Bevölkerung gestaltet. 2015 begann in Europa die

größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Es kamen fast zwei Millionen Migranten, und etwa die Hälfte von ihnen stellte in einem Mitgliedstaat einen Asylantrag. 2015 gingen bei den ungarischen Behörden 177 000 Asylanträge ein – mehr als in den 23 Jahren zuvor zusammen; und die Anzahl der Asylbewerber pro Einwohner war in ganz Europa in Ungarn am höchsten.

Flüchtling ist, wer vor direkter Lebensgefahr flieht

Laut Meinungsumfragen ist die ungarische Bevölkerung mit den Flüchtlingen solidarisch. Diejenigen, die 2015/16 ankamen, erhielten humanitäre Unterstützung durch den Staat wie auch durch die Zivilgesellschaft. Es kam häufig zu Szenen, in denen Ausländer, die sich in der Nähe von Bahnhöfen in Budapest ansammelten, mit Wasser und Lebensmitteln unterstützt wurden.

Es stellten sich jedoch bald selbstverständliche Fragen: Wie sind plötzlich etwa 400 000 Menschen an die ungarischen Grenzen gelangt? Gelten diejenigen als Flüchtlinge, die bereits durch zahlreiche Länder gereist sind, in denen sie nicht verfolgt wurden? Sind Menschen Flüchtlinge, in deren Heimat kein bewaffneter Konflikt tobt? Warum sollte man ohne Bedenken jeden ins Land lassen sollen, nur weil er behauptete, ein Syrer oder Afghane zu sein – ohne das mit irgendwelchen Dokumenten belegen zu können?

Ungarn ist als Mitglied des Schengenraumes verpflichtet, die Außengrenzen zu schützen. Im Juni 2015 wurde deshalb als Antwort auf die Zuspitzung der Migrationslage ein Regierungsbeschluss über die Sicherung der grünen Grenze gefasst, verbunden mit dem Bau eines 175 Kilometer langen und vier Meter hohen provisorischen Zauns. In dieser Zeit kam es regelmäßig vor, dass Migrantengruppen die Arbeiter mit Äxten und Stöcken bewaffnet angriffen

oder sie von der serbischen Seite mit Steinen bewarfen. Das wiederum löste in der Gesellschaft eine wesentliche Missbilligung aus. Die Besorgnis der Gesellschaft wurde weiter erhöht, als sich herausstellte, dass Salah Abdeslam, einer der Organisatoren und Täter der Attentate im November 2015 in Paris, im Laufe des Jahres dreimal in Ungarn war und aus der Nähe des Ostbahnhofs Terroristen nach Westeuropa transportierte. Nach der Errichtung des Zauns verlagerte sich die Haupttroupe der Migration nach Kroatien. Die Anzahl der Asylanträge zeigte auch eine rückläufige Tendenz: 2015 wurden 177 135 Asylanträge in Ungarn gestellt, 2016 nur 29 143, 2017 waren es nur noch 3 397. Der Zaun wurde von den ungarischen Behörden laufend weiterentwickelt und die Ausgaben für den Schutz der Südgrenze beliefen sich bis Juni 2022 auf 1,8 Milliarden Euro, was vollständig vom ungarischen Staat bezahlt wurde, ohne einen Beitrag der EU.

Neben dem Ausbau der physischen Grenzsperrung wurde von der ungarischen Regierung auch mit der Umgestaltung des juristischen Umfelds begonnen. Gemäß dem ab 2017 geltenden strengeren Gesetz über die Staatsgrenze mussten aus Richtung Serbien kommende Migranten ihre antragsgemäße Anerkennung als Flüchtlinge oder Schutzbedürftige bis zur Entscheidung der Flüchtlingsbehörden in der entlang der Grenze errichteten gesperrten Transitzone abwarten. Im Zusammenhang mit den Transitzonen sind gegen Ungarn mehrere Verfahren der EU eingeleitet worden, deshalb wurden sie im Mai 2020 geschlossen. Anschließend konnten Asylanträge nur noch an den Auslandsvertretungen Ungarns gestellt werden, deshalb stieg die Anzahl derjenigen rasant, die versuchen, über den Zaun von Serbien nach Ungarn und anschließend von dort in den Westen zu gelangen. Wer es versuchte, wurde von der Polizei aufgeschnappt, seine Daten erfasst und anschließend wurde der Delinquent durch die hierfür bestimmten Tore auf die andere Seite des Zauns zurückgebracht.

Die Diskussionen zwischen Ungarn und Brüssel sind meist grundsätzlicher Natur, etwa um bei den abweichenden Definitionen der Begriffe „Migranten“ und „Flüchtlinge“. Diese beiden Wörter werden im öffentlichen politischen Sprachgebrauch der Union oftmals als Synonyme benutzt, während Ungarn sehr deutlich zwischen diesen beiden Menschengruppen unterscheidet. Hinsichtlich der Begriffsbestimmung von „Flüchtlingen“ wird von der

ungarischen Regierung die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951 als maßgebend betrachtet, wonach ein Flüchtling eine Person ist, die sich vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung begründet fürchtet und den Schutz seines eigenen Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.

Nach dem ungarischen Standpunkt kann jedoch nur derjenige als Flüchtling betrachtet werden, der vor direkter Lebensgefahr nach Ungarn flieht. Hierbei ist der Begriff „sicherer Drittstaat“ von zentraler Bedeutung. Auf diese Weise kann eine Person, die ihre Heimat verlässt und sichere Länder überquerend Ungarn erreicht, nicht als Flüchtling betrachtet werden. In der Praxis bedeutet das, dass zum Beispiel ein Syrer, der das Kriegsgebiet verlässt und zuerst über die Türkei und dann über die Balkanländer nach Ungarn kommt, nicht als Flüchtling betrachtet werden kann.

Europa braucht einen starken Grenzschutz

Demgegenüber ist ein Ukrainer, der unmittelbar vor den Kämpfen nach Ungarn flieht, asylberechtigt. In der ungarischen politischen und öffentlichen Terminologie steht das Wort „Migrant“ für eine Person, die ihre Heimat oder ihren Aufenthaltsort deshalb verlässt, um sich in einem anderen Land niederzulassen oder sich dort über eine längere Zeit hinweg aufzuhalten. In der ungarischen Terminologie werden durch eine Erweiterung der Personen als „Wirtschaftsmigranten“ definiert, die ihre – ansonsten friedliche – Heimat in der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen. Ihnen kann kein Asyl-, Flüchtlings- oder Schutzstatus zuerkannt werden. Europa braucht einen starken Grenzschutz und es kann keiner Gesell-

schaft aufgezwungen werden, mit fremden Menschen zusammenzuleben. Deshalb widersteht Ungarn konsequent dem von Brüssel vorgeschlagenen „Solidaritätsmechanismus“, in dessen Sinne die Mitgliedstaaten der Union Migranten aus anderen Ländern aufnehmen müssten. Zur Prüfung der Legitimität ihrer Politik wurde von der ungarischen Regierung 2016 eine Volksabstimmung organisiert, wobei die Frage „Wollen Sie, dass die EU auch ohne Zustimmung der Nationalversammlung die verpflichtende Ansiedlung von nicht ungarischen Staatsbürgern in Ungarn vorschreiben kann?“ von 98 Prozent der Wähler verneint wurde.

Im Bereich der Migration gibt es in Ungarn einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Gemäß einer repräsentativen Meinungsumfrage aus dem Jahr 2018 wird die Grenzschließung auch von 70 Prozent der Oppositionswähler befürwortet. Im ungarischen Grundgesetz ist eigens festgeschrieben, dass durch EU-Institutionen „Ungarns unveräußerliches Verfügungsrecht bezüglich der gebietsmäßigen Einheit, der Bevölkerung, der Staatsform und der Einrichtung des Staates nicht beschränkt werden kann“.

Dabei ist es nicht so, dass Ungarn keinen Beitrag zur Hilfe für Bedürftige leisten würde. Als es um – der ungarischen Terminologie folgend – tatsächliche Flüchtlinge aus der Ukraine ging, die vor dem Krieg flohen, öffnete Ungarn seine Tore weit und unterstützte zwischen 2022 und 2024 in Ungarn und der Ukraine über 500 000 Flüchtlinge, davon 410 000 Binnenflüchtlinge. Anders bei der Migration aus Afrika: „Unser Standpunkt ist, dass die Hilfe nach Afrika gebracht und nicht das Problem hierher nach Europa und insbesondere nach Ungarn hergebracht werden muss“, formulierte Viktor Orbán im Dezember 2018 anlässlich des EU-Afrika-Forums in Wien.

Dr. Viktor Marsai ist geschäftsführender Direktor des Migrationsforschungsinstituts am Mathias Corvinus Collegium. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migrationsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent und die Sicherheitsaspekte der Migration.

Dr. Omar Sayfo ist Forschungsleiter des Migrationsforschungsinstituts am MCC. Seine Hauptforschungsgebiete sind die Medien und die Politik des Nahen Ostens. Er ist Autor mehrerer wissenschaftlicher Artikel, die u.a. in der New York Times und in Foreign Policy veröffentlicht wurden.



Viktor Marsai.

Foto: MCC



Omar Sayfo.

Foto: MCC

Wie Ungarn Christen hilft

Mit „Hungary Helps“ versucht Budapest, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Christenverfolgung zu lenken **VON MESZÁR TÁRIK**

Christen sind die am meisten verfolgte Religionsgemeinschaft der Welt. In zahlreichen Regionen leiden altansässige christliche Gemeinden unter Benachteiligungen durch die Mehrheitsgesellschaft. Die ungarische Regierung reagierte 2017 auf dieses Problem mit dem humanitären Programm „Hungary Helps“. Dessen Hauptzweck ist die Unterstützung religiös verfolgter Christen – aber auch der Jesiden – durch finanzielle Förderung, Wiederaufbauprojekte sowie Gesundheits- und Bildungsprogramme. Das vorrangige Ziel besteht darin, das Verbleiben der Minderheiten in ihren Heimatländern und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes zu unterstützen. Außerdem kämpft „Hungary Helps“ dafür, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Problem der Christenverfolgung zu lenken und die internationale Gemeinschaft zum Schutz von Religionsfreiheit und der Menschenrechte aufzufordern.

Der besondere Fokus der Ungarn bei ihrer internationalen Hilfstätigkeit ergibt sich aus einigen zentralen weltanschaulichen Überzeugungen: Zum einen ist es der Gedanke der Solidargemeinschaft, denn alle Christen sind Teil einer größeren Gemeinschaft und füreinander verantwortlich. Die Regierung ist deshalb der Meinung, dass die ungarische Nation moralisch verpflichtet ist, verfolgten und in Not geratenen Christen zu helfen. Nach Ansicht der Regierungskoalition muss die Hilfe dabei so gestaltet werden, dass dadurch effektive Hilfe geleistet, aber auch die Souveränität der jeweiligen Länder respektiert wird. Die Achtung der Würde des Menschen und der Schutz seines kulturellen Erbes sind weitere Eckpfeiler dieser Politik. Damit einher geht natürlich, dass – trotz des Fokus auf verfolgte Christen – jeder Mensch, unabhängig von seiner religiösen Zugehörigkeit, Würde und Respekt verdient. Ungarn wurde bereits mehrfach für die Ausrichtung seiner humanitären Hilfe kritisiert. Der Vorwurf lautet „Externalisierungsbestrebungen“. Darunter versteht man humanitäre Anstrengungen von Industrieländern, die darauf abzielen zu verhindern, dass Migranten ihre Heimat verlassen und in andere Länder auswandern.

Die Externalisierungspolitik wurde heftig kritisiert, weil viele der Ansicht sind, dass diese Politik im Allgemeinen darauf ausgerichtet ist, Migranten – und unter ihnen Asylanten – das Betreten der Staatsgebiete der Zielländer zu verweigern, ohne ihren Schutzbedarf individuell zu bewerten. Kritiker von Nationen, die eine Externalisierungspolitik betreiben, glauben, dass bestimmte Ziel- und Transitländer ihre Tätigkeit oftmals falsch darstellen; sie würden behaupten, an lebensrettenden humanitären Anstrengungen beteiligt zu sein, statt das Kind beim Namen zu nennen: Es gehe einzig und allein um die Aufhaltung und Kontrolle der Migration. Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass Externalisierung einen realen positiven Effekt haben kann und die Politik auch von den betroffenen Gemeinschaften gut aufgenommen wird.

Ungarische Spitzenpolitiker haben mehrfach offen erklärt, dass Menschen und Gemeinschaften in Not in ihrer eigenen Heimat geholfen werden muss; auch, damit sie nicht gezwungen werden, diese zu verlassen. Die Tätigkeit von „Hungary Helps“ konzentriert sich in erster Linie auf den Nahen Osten und Subsahara-Afrika – zum Beispiel den Irak, Syrien, Jordanien, den Libanon, Israel und Palästina, Nigeria, Äthiopien und den Kongo. In diesen Regionen wird das ungarische Engagement außerordentlich positiv bewertet und die Anstrengungen wurden zum Beispiel von Kardinal Bechara Boutros Rai, dem Patriarchen der Maroniten im Libanon und Joanna Maria Azzi, der Botschafterin des Libanons in Ungarn, mehrfach gewürdigt. Neben der Hilfe für verfolgte Christen liegt ein Hauptaugenmerk von „Hungary Helps“ auf der Gemeinschaft der Jesiden im Nordirak, die schrecklich unter der Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu leiden hatten und bis heute hilfsbedürftig sind. „Hungary Helps“ widmet dabei den Schwächsten die größte Aufmerksamkeit, nämlich den traumatisierten Mädchen, den Frauen und Kindern. Tristan Azbej, der für Programme zur Unterstützung verfolgter Christen zuständige Staatssekretär des Außenministeriums, fasst die weltanschaulichen Grundlagen für die ungarische Anstrengung um Fluchtsachenbekämpfung und die Bewahrung des christlichen Erbes im Orient und in Afrika so zusammen: „Wir lassen unschuldig Leidende nicht allein. Wir beschützen Gemeinschaften, die durch religiöse oder anderweitige Verfolgung, Gewalt oder Naturkatastrophen bedroht sind. Dazu verpflichtet uns unser tausendjähriges christliches Erbe und der allgemeine Grundsatz von Menschlichkeit. Die ungarische Regierung beteiligt sich deshalb an internationaler humanitärer Hilfe gemäß einem eigenen nationalen Modell, das wir als Hungary Helps, also das Programm des helfenden Ungarns bezeichnen.“

Meszár Tárik ist leitender Forscher des Migrationsforschungsinstituts am Mathias Corvinus Collegium. Seine Hauptforschungsgebiete sind die Situation ethnischer und religiöser Minderheiten im Nahen Osten, v.a. im Irak und in Ägypten. Er beschäftigt sich mit der arabischen Sprache und ihren Dialekten sowie mit den internationalen Beziehungen der arabischen Welt und ihrer Rolle in der Weltwirtschaft.



Meszár Tárik.

Foto: MCC

Rückkehr zur Realpolitik

Realpolitik bedeutet auch, die eigene Position zu stärken durch Rüstungsindustrie und Streitkräfte.

Fotos: Shutterstock

Wir Europäer müssen wieder lernen, die Welt so zu sehen, wie sie ist und nicht so, wie man sie gerne hätte

VON ATTILA DEMKÓ

Die sicherheitspolitische Lage Europas hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten grundlegend verschlechtert. Nach dem Terrorangriff gegen die Vereinigten Staaten von Amerika 2001 wurden unter US-Führung Kriege begonnen, deren Ziel die Umgestaltung eines Raums war, der sich von der Küste des Maghreb bis zum Indus erstreckte. Jeder dieser Kriege endete mit einer Niederlage des Westens – im Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan ist die Lage aus europäischer Sicht schlechter als vor den Interventionen.

Mehr noch: Die zum Teil kriegsbedingt hohen Ölpreise ermöglichten die Aufrüstung Russlands, durch die Zerschlagung des Iraks wuchs der Einfluss des Irans und China konnte im Fernen Osten unbehelligt zu der Industriemacht werden, die es heute ist. Die Ukraine und Georgien erhielten 2008 trotz der offenen Drohungen Russlands und der Warnungen Deutschlands eine Nato-Mitgliedschaftsperspektive – aber keinen echten Schutz. Georgien lernte schnell, was das bedeutet: Das Land konnte von der Nato nicht vor dem russischen Angriff geschützt werden. Das Gleiche passierte der Ukraine 2014 und 2022: Die Perspektive der europäischen Integration brachte keinen Schutz, sondern einen Krieg, der Europa eine seit den 1930er-Jahren nicht gesehene Unsicherheit brachte. Die meisten dieser Fehlentscheidungen wurden in Washington getroffen; den Preis dafür zahlte Europa, das am stärksten von den Folgen der Instabilität im Nahen Osten und des Krieges in der Ukraine betroffen ist. Die Europäer müssen darum endlich

wieder lernen, die Welt so zu sehen, wie sie ist und nicht so, wie man sie gerne hätte: Narendra Modi, der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Landes der Welt und der drittgrößten Volkswirtschaft reiste im Juli zuerst nach Moskau; vor Brüssel, Berlin oder Washington.

Auch der Glaube, erwachende Riesen wie Brasilien oder Indonesien seien im Westen verankert, trägt. Die Vormachtstellung des Westens ist eindeutig bedroht. Der Westen – Japan und Australien eingeschlossen – stellt nur noch ein Achtel der Weltbevölkerung, sein Anteil an der Produktionskapazität der Weltwirtschaft sinkt. Heute kann Russland mehr Munition herstellen als die EU und die USA zusammen. Man überlege sich, wozu China im Falle eines Krieges fähig wäre.

„Realpolitik“ hieße in diesem Fall, alles zu tun, um die eigene Position zu stärken, durch den Wiederaufbau von Rüstungsindustrie und Streitkräften, aber gleichzeitig die Kommunikation mit Moskau und Peking aufrechtzuerhalten. Das größte Munitionswerk in der EU wird in Ungarn gebaut und in Zusammenarbeit mit Rheinmetall spielt Ungarn eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung neuer Kampfpanzer und Panzer. Gleichzeitig hält Ungarn die Beziehungen zu Russland aufrecht, da nach ungarischer Beurteilung keine Perspektive für einen militärischen Sieg der Ukraine gesehen wird, was bedeutet, dass eines Tages verhandelt werden muss.

Auch in der Migration folgt das Land einem „realpolitischen“ Ansatz: Die Warnungen von Ungarn im Jahre 2015 wurden ignoriert. Man wusste nicht, wer und mit welcher Absicht in die Europäische Union kommt – bereits bei den Terroranschlägen im Herbst 2015 in Paris waren Flüchtlinge unter den Tätern. Die Massenmigration ging in den Zielländern zudem mit einem Anstieg von Antisemitismus und Kriminalität einher. Die ungarische Position hierzu ist eindeutig: Es muss dem Nahen Osten und Afrika geholfen werden, schon in unserem eigenen Interesse.

Aber der Wirkungsgrad der europäischen Hilfe wäre um ein Vielfaches höher, wenn das Geld, das von den Ländern der Europäischen Union für die ankommenden Millionen aufgewendet wird, in Afrika ausgegeben würde. Unterstützung für Afrika, aber gleichzeitig strengste Maßnahmen gegen illegale Migration – das sind die zwei Seiten

der ungarischen Politik. Europa kann nicht zulassen, dass in Israel der extremistisch islamistische Terror siegt, das Leiden der Menschen wird nämlich, wie im Falle der illegalen Migration, von Kräften ausgenutzt, die den Grundwerten Europas feindlich gegenüberstehen. Der ungarische Standpunkt ist Gegenstand scharfer Kritik. Doch die Ungarn sind felsenfest davon überzeugt, dass nicht der ungarische Standpunkt Europa spaltet, sondern dass die Länder der EU innerlich gespalten sind.

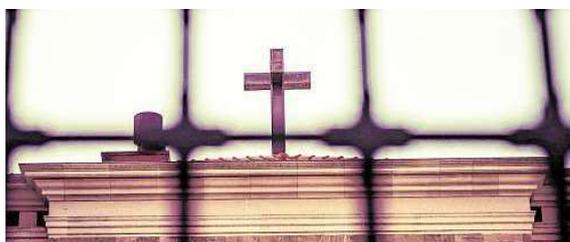
Die gegenwärtige Migrationspolitik der EU steigert diese gesellschaftlichen Spannungen innerhalb Europas noch und hilft gleichzeitig nicht, weitere Bürgerkriege und Tragödien in Afrika und Nahost zu verhindern. Der Grund für diese innere Spaltung ist, dass über die tektonischen Bewegungen, die sich in der Welt ereignen haben, seitens der europäischen Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger grundlegende Wahrheiten nicht ausgesprochen werden. Zur Stärkung Europas wird nicht nur der Wiederaufbau der Rüstungsindustrie und der seit Jahrzehnten vernachlässigten Armeen benötigt, sondern auch, dass wir Europäer die Realität erkennen und von der „wünschenswerten“ Politik zur faktenbasierten Politik zurückkehren.

Dr. Attila Demkó ist Leiter des Zentrums für Geopolitik am MCC. 2002 bis 2010 arbeitete er als Referent in der Abteilung für Verteidigungspolitik des Verteidigungsministeriums und leitete diese von 2010 bis 2012. Von 2012 bis 2014 war er Leiter der Abteilung für Verteidigungspolitik bei der Ständigen Vertretung Ungarns bei der NATO in Brüssel. Demkó ist Autor mehrerer Bücher.



Attila Demkó.

Foto: MCC



Weltweit nimmt Christenverfolgung zu.

Foto: Shutterstock

Die ungarische Konnektivitätsstrategie

Budapest meint, dass der freie Handel die Interessen des Westens besser repräsentiert als der Protektionismus **VON CSABA MOLDICZ**

Vor 13 Jahren begann Ungarn die Politik der „Öffnung nach Osten“, später ergänzt um die „Öffnung nach Süden“. Diese Strategie der „Konnektivität“ mit möglichst vielen Handelspartnern wurde stets kritisch begleitet: Zuerst wurden die ausbleibenden Erfolge angemahnt; in den letzten Jahren hingegen wurde beanstandet, dass sie zu erfolgreich war und einer Abkehr vom Westen gleichkomme. Gerade Kritiker aus dem Westen scheinen bisweilen mit zweierlei Maß zu messen, immerhin ist die wirtschaftliche Vernetzung Asiens mit Westeuropa viel größer als mit Mitteleuropa.

Womöglich handelt es sich dabei um Einstellungen, deren Wurzeln in der früheren wirtschaftlichen „Kolonisierung“ der Region lagen. Seit dem Aufkommen der modernen kapitalistischen Gesellschaften experimentierte das rückständige Osteuropa mit verschiedenen Gesellschaftsmodellen, die alle die Modernisierung und die wirtschaftliche Konvergenz zu Westeuropa zum Ziel hatten und letztlich scheiterten. Der Zerfall des Ostblocks und die Möglichkeit des Beitritts zu EU und NATO boten jedoch eine neue Chance.

Doch trotz aller Fortschritte wirtschaftlicher und politischer Integration verbleibt Mitteleuropa nach seinem Entwicklungsstand in der Halb-Peripherie. Das größte Problem besteht darin, dass die Integration der Region in europäische Versorgungsketten kaum noch erhöht werden kann und auch Westeuropa nicht mehr dynamisch wächst – das Potenzial des Entwicklungsmodells der sogenannten „Dependenz“ wurde ausgeschöpft. Die asymmetrische Abhängigkeit Mitteleuropas vom Westen kann nicht durch eine weiter wachsende Abhängigkeit bekämpft werden. Das ist der Punkt, an dem die Interessen von Ungarn, von Mitteleuropa und von Westeuropa wesentlich abweichen. Wie ist diese Situation entstanden?

Nach 1990 folgte die politische und wirtschaftliche Transformation Ungarns dem westeuropäischen Modell und das Land kopierte die politischen und wirtschaftlichen Institutionen des Westens. Diese in der ganzen mitteleuropäischen Region typische Hausrück-Transformation stand im deutlichen Widerspruch zur Transformation in China, die schrittweise erfolgt und sich auf die Wirtschaft beschränkte. Der andere Unterschied bestand darin, dass Ungarn seine Wirtschaft dem internationalen Wettbewerb vollständig öffnete, wobei es den politischen Richtlinien des sogenannten „Washington Consensus“ folgte.

Das ist nicht weiter überraschend, wurde doch das ökonomische Denken der 1980er- und 1990er-Jahre von der Schule des Neoliberalismus geprägt. Das Rezept des „Washington Consensus“ beinhaltete die komplette Privatisierung von Staatsunternehmen, Freihandel, Deregulierung und das Ideal des kleinen Staates.

Man darf dabei die positiven Effekte dieser Wirtschaftspolitik nicht unterschlagen: Das nach 1990 zustande gekommene Dependenzmodell, das auf dem Einsatz von westeuropäischem Kapital und Technologie basierte, war teilweise erfolgreich, denn Ungarn wurde modernisiert, es wurden viele Arbeitsplätze geschaffen, es wurde moderne Technologien ins Land gebracht, es entstanden neue, früher nicht vorhandene Industriebranchen. Gleichzeitig kam dieses Wachstumsmodell bis Anfang der 2000er Jahre an seine Grenzen, denn die asymmetrische Abhängigkeit der mittel- und osteuropäischen Region vom Westen wurde verstärkt und somit ein Abschluss des Angleichungsprozesses verunmöglicht.

Anders formuliert: Wenn man sich in der Welt umsieht, so gibt es keine hochentwickelte



Nicht nur Ungarn ist von der Aufrechterhaltung der globalisierten Weltwirtschaft abhängig.

Foto: Shutterstock

Wirtschaft ohne diversifizierte Handelsbeziehungen, in der das Kapital nicht aus verschiedenen Richtungen kommt, geschweige denn der Technologie-Input. Das erstarrte und ausschließliche Ziel der Öffnung Ungarns nach Osten und nach Süden ist die Reduzierung der oben geschilderten einseitigen Abhängigkeit. Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass dabei selbstverständlich nicht vorhergesehen ist, die Abhängigkeit vom Westen durch eine Abhängigkeit vom Osten abzulösen. Die Öffnung nach Osten ist kein Synonym für ein Verschließen gegenüber dem Westen!

Laut den Handelsdaten ist Ungarn von einer Abhängigkeit vom Osten sehr weit entfernt: 84 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn kommen aus Europa – 16 Prozent davon aus Deutschland – und 69 Prozent des ungarischen Außenhandels werden nach wie vor mit EU-Ländern abgewickelt, gegenüber lediglich 18 Prozent mit Asien.

Wenn es sich bei der „Konnektivität“ aber um eine so einfache und in der Wirtschaftsdimension interpretierbare Strategie handelt, wieso wurde damit im Westen sowohl bei den politischen Akteuren als auch in der Wirtschaftselite so viel Ablehnung hervorgerufen? Auch darauf gibt es Antworten.

Anfang der 1990er-Jahre waren die Staaten und Gesellschaften Mitteleuropas stark geschwächt. Sie waren nicht in der Lage, ihre eigenen Interessen und die ihrer Staatsbürger zu wahren und den Bestrebungen zur Profitmaximierung westlicher multinationaler Kapitalgesellschaften und Konzerne zu widerstehen. Dieser Umstand kann gut mit Daten untermauert werden: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität zeigt sich im Allgemeinen durch höhere Profite und dem folgt, wenn auch mit einer Verspätung, der Anstieg der Einkommen. Dieser einfache Zusammenhang ist in Westeuropa und in Skandinavien gut zu beobachten, aber in viel geringerem Maße in Ungarn und den umliegenden Ländern.

Es wurde von den ungarischen Regierung-

gen bis 2010 wenig dafür getan, dass der ungarische Staat die Kontrolle über strategische Sektoren der Wirtschaft zurückerglang oder die in erster Linie von westlichen Gesellschaften errichteten Oligopole und oligopolartigen Situationen abschaffte. Die so entstandenen Probleme überragen die Höhe der EU-Transferleistungen, deshalb wird die Forderung, man müsse der EU für die Kohäsionsgelder dankbar sein, in Ungarn nicht nur als nicht richtig, sondern auch als erniedrigend wahrgenommen.

Der bisherige Zustand war für Ungarn unannehmbar

In Deutschland ist die Abschaffung der Oligopol- und Monopolstellung ausländischer Unternehmen nicht nötig, weil es hier nie zu einer solchen Situation gekommen ist: Die Sektoren, welche die Basisinfrastruktur des Landes ausmachen oder das strategisch wichtige Bankensystem waren nie in ausländischem Besitz. Seit 2010 bemüht sich die ungarische Regierung darum, langfristig die beherrschende Stellung ausländischer Eigentümer in wichtigen Wirtschaftssektoren zu beenden. Ein Beispiel hierfür ist der unlängst zurückgekaufte internationale Flughafen von Budapest. Es ist verständlich, dass das im Westen vielen nicht gefällt, weder den dortigen Regierungen noch den von dort kommenden Unternehmen, schließlich werden ihre Interessen dadurch verletzt. Doch der bisherige Zustand war für Ungarn unannehmbar.

Neben diesem historischen und wirtschaftlichen Hintergrund sollte noch ergänzt werden, dass die ungarische Regierung sich darüber im Klaren ist, dass die Maßnahmen zur Förderung der heimischen Unternehmen nur langsam sichtbare Ergebnisse bringen. Deshalb bemüht man sich daneben um das Anziehen neuer ausländischer Investoren. Das dient mehreren Zielen zugleich: der allgemeinen Stärkung des Wettbewerbs, aber auch der strukturellen Umgestaltung und Diversifizierung des ein-

strömenden Kapitals und der Handelsbeziehungen, dem Ausbau des Technologietransfers und insbesondere der Beseitigung der monopol- und oligopolartigen Gesellschaftskonstellationen, die in den 1990er-Jahren entstanden.

In diesem Zusammenhang entstand 2011 die Politik der sogenannten „Öffnung nach Osten und Süden“, zu deren Zielregionen Ostasien, Zentralasien und – mit geringerer Bedeutung – Afrika und Südamerika gehören. Der Umstand, dass unter diesen Wirtschaftsbeziehungen gerade die mit China am erfolgreichsten ist, ist nicht weiter überraschend und weniger das Ergebnis einer außenpolitischen Entscheidung, sondern vielmehr einfacher wirtschaftlicher Rationalität. Gerade das Beispiel China zeigt, dass der Dynamik der Entwicklungsprozesse eine große Bedeutung zukommt. Aus der Sicht von Ungarn ist entscheidend, dass die Wirtschaft zum Abschluss der Angleichung an Westeuropa jede erreichbare Ressource – Kapital, Technologie und kostengünstige Energie – benötigt. Vereinfacht kann gesagt werden, dass Ungarn von der Aufrechterhaltung der globalisierten Weltwirtschaft abhängig ist und die protektionistischen Handelschritte der EU, ihre Wirtschaftssanktionen und allgemein die Schritte in Richtung einer neuen Blockbildung den ungarischen Interessen zuwiderlaufen.

Auch wenn es in der derzeitigen Situation nicht der westlichen Mainstream-Meinung entspricht, ist die ungarische Wirtschaftspolitik der Auffassung, dass der freie Handel die Interessen des Westens viel besser repräsentiert als der Protektionismus. Doch dazu könnten vielleicht die Manager der gegen den Extrazolltarif für chinesische E-Autobauer kämpfenden deutschen Automobilhersteller mehr sagen. Die andere entscheidende Dynamik entspringt der strukturellen Veränderung der Weltwirtschaft und der Neuordnung der Gewichtungen. Vor einigen Jahrzehnten stammten die ausländischen Investitionen weltweit zu 80 Prozent aus dem Westen und zu 20 Prozent

aus dem Osten, mittlerweile haben sich diese Verhältnisse umgedreht.

Die ungarische Konnektivitätsstrategie reagiert darauf und geht davon aus, dass Ungarn nicht selbst über das notwendige Kapital, das Wissen und die Ressourcen verfügt, die zum Abschluss der Angleichung des Landes benötigt werden und deshalb eng mit den Regionen und Volkswirtschaften verbunden sein muss, die darüber verfügen und bereit sind, sie mit dem Land zu teilen. Das ist die ungarische Konnektivitätsstrategie und nicht mehr.

In ihrer Einfachheit vielleicht überraschend, aber noch überraschender ist ihre konsequente Umsetzung, wodurch auch die Außenpolitik in den Dienst einer langfristigen Wirtschaftsentwicklungsstrategie gestellt wird. Viele außenpolitischen Schritte der ungarischen Regierung der letzten 14 Jahre erscheinen klarer, wenn man sie unter diesen Gesichtspunkten betrachtet.

Dr. Csaba Moldicz ist Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft am Mathias Corvinus Collegium. Sein Hauptforschungsgebiet sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China, mit Schwerpunkt auf der mittel- und osteuropäischen Region. Er hat mehrere Bücher und zwei Monographien veröffentlicht.



Csaba Moldicz.

Foto: MCC

Altlasten des 20. Jahrhunderts

Für die Ungarn ist Erinnerungspolitik immer auch ungarische Identitätspolitik **VON GÁBOR MARGITTAI**

Die Kontrolle über die Geschichte ist manchmal entscheidender als die Einverleibung eines Stück Landes oder die Integration von Volksgruppen. Ost- und Mitteleuropa und besonders das Karpatenbecken liefern dafür die dunkelsten Beispiele. Mehr noch: Die Kontrolle über die Geschichte ist die notwendige Bedingung, ohne die eine wirkliche und dauerhafte Dominanz im Lande unmöglich ist.

Das Land wechselt den Grundherren und wird neu besiedelt; auch seine Geschichte wird neu besiedelt, mit neuen Mythen und Heldentaten – das war eine oftmals erlittene, schmerzhaft Erfahrung für Ungarn im 20. Jahrhundert, aus der Ungarn im 21. Jahrhundert weitreichende Konsequenzen gezogen hat.

Zum einen ist es die Erkenntnis, dass es ohne eine souveräne und auf Respekt vor historischen Fakten beruhende Erinnerungspolitik keine vollwertige nationale Identität geben kann: Ungarische Erinnerungspolitik ist immer auch ungarische Identitätspolitik.

Eine solche Erinnerungspolitik wird in Ostmitteleuropa durch eine mitgeschleppte historische Alllast behindert. In seinem Roman aus dem Jahr 1981 mit dem Titel „Ein Tag länger als das Leben“ erzählt der kirgisische Schriftsteller Tschingis Aitmatow eine grausame Legende aus Zentralasien, die davon handelt, wie die Suansuans einst mit ihren Kriegsgefangenen verfahren: Auf den Kopf der kahlgeschorenen Männer wurde die Halshaut eines frischgeschlachteten Kamels gestülpt, dann wurden sie in der sengenden Wüste ausgesetzt, damit sich die Kamelhaut langsam um ihren Schädel spannte. Wer die Qual überlebte, verlor seine Erinnerungen für immer. „er wurde zum Mankurt, einem Gefangenen, der sich nicht an die eigene Vergangenheit erinnert“ – schreibt Aitmatow und fügt hinzu: „... dem wortlosen Tier gleichwertig war er völlig gehorsam und ungefährlich“. Gemäß dem seiner Geschichte beraubten aitmatowschen Menschentyp entstand auf dem Gebiet der Sowjetunion der Ausdruck „Mankurtisizja“ für die Abschaffung der Identität und die Entwurzelung der Menschen. In dem sowjetischen Satellitenstaat Ungarn gelang die „Mankurtisierung“ zwischen 1949 und 1989 so gut, dass die Wiederentstehung eines geschichtsbewussten Bürgertums selbst jetzt noch oftmals vom weiterlebenden „Homo Sovieticus“ behindert wird, dem seines Traditionsbewusstseins entledigten, der den Traumata und Freuden seiner Gemeinschaft gleichgültig gegenübersteht.

Die ungarische Erinnerungspolitik ist also gezwungen, von den glühenden Wüsten der kommunistischen Identitätszerstörung auszugehen und einen Rückstand von mindestens einem Jahrhundert abzuarbeiten.



Erinnerung und Identität sind in Ungarn komplizierte Angelegenheiten. **Foto: Shutterstock**



Gábor Margittai.

Foto: MCC

Darüber hinaus haben wir jedoch noch eine weitere Alllast: Durch den für Ungarn peinvollen Friedensvertrag von Trianon, mit dem Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel seines Staatsgebiets verlor und dessen Ausgang richtungweisend für den weiteren Verlauf des gesamten 20. Jahrhunderts war. Im Karpatenbecken wurde ein erinnerungspolitisch kalter Krieg entfacht. Neben der Bewältigung dieser doppelten Beeinträchtigung steht die heutige ungarische Erinnerungspolitik vor der Aufgabe, den Ungarn außerhalb der ungarischen Grenzen zu ermöglichen, Teil einer Kulturgemeinschaft im Karpatenbecken zu werden.

Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation

Die Erinnerungspolitik muss sich auch den historischen Verbrechen stellen, die von ungarischen Nazis und Kommunisten begangen wurden und das Bewusstsein dafür stärken, dass der Holocaust auch eine Tragödie der gesamten ungarischen Nation ist – wie Ministerpräsident Viktor Orbán 2014 erklärte, in dem Jahr, das von der Regierung zum Holocaust-Gedenkjahr deklariert wurde. Bereits seit 2001 gedenken wir jeweils am 16. April der ungarischen Opfer der Schoa. Der 25. Februar wurde der Gedenktag der Opfer der kommunistischen Diktatur, der 19. Januar der Gedenktag der Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen und der 25. November der Gedenktag der in die sowjetische Gulag-Insellwelt deportierten ungarischen politischen Häftlinge und Zwangsarbeiter.

In der Amtszeit der Regierungen von Viktor Orbán sind neue Gedenkstätten, neue Gedenktage und Gedenkjahre entstanden, um historische Kontinuität wiederherzustellen. In dem 2011 verabschiedeten neuen Grundgesetz wurde festgeschrieben, dass wir „die Rolle des Christentums hinsichtlich der Erhaltung der ungarischen Nation anerkennen“. Außerdem heißt es darin, dass Ungarn Verantwortung dafür trägt, die Auslandsungarn bei der Bewahrung ihres Ungarntums zu unterstützen. Diesem Ziel dient jedes Jahr der 4. Juni, der Tag der nationalen Zusammengehörigkeit – der Tag, an dem Ungarn den verhängnisvollen Friedensvertrag von Trianon unterzeichnete.

Unser neues Grundgesetz besagt auch, dass „wir uns dazu bekennen, dass nach den zur moralischen Erschütterung führenden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts unsere seelische und geistige Erneuerung unbedingt notwendig ist“. Vielleicht ist das der wichtigste Grundsatz der ungarischen Erinnerungspolitik und das Gegenmittel gegen jegliche Mankurtisierung.

Dr. Gábor Margittai ist Direktor des Instituts für ungarischen Zusammenhalt am Mathias Corvinus Collegium. Er ist Literaturhistoriker und Dokumentarfilmer. Seine Forschungsgebiete umfassen die Lage der ungarischen Diaspora und Fragen der Identität, Verflechtungen, Fragmentierungen und Dimensionen von Zentrum und Peripherie in Mitteleuropa.



Auf dem Kalvarienberg in Budaörs werden die ungarndeutschen Passionsspiele ausgerichtet.

Fotos: Shutterstock

Kulturelle Vielfalt

Ungarn ist europaweiter Vorreiter beim Umgang mit seinen nationalen Minderheiten

VON KRISZTIÁN ERDEI

Weiße, in Falten gelegte Röcke mit einer Schürze, weiße Strümpfe, die geflochtenen Haare mit einem Kranz geziert. So stehen Mädchen vor dem Altar des Doms im südingarischen Pécs, der fünftgrößten Stadt des Landes. Es findet gerade die Erstkommunion statt. Die Mädchen sind Schülerinnen des Valeria Koch Schulzentrums, einer Bildungseinrichtung, in der Kinder und Jugendliche aus der ganzen Region vom Kindergarten bis zum Abitur lernen. In der Schule werden nicht nur Deutschstunden angeboten. Bis auf das Fach Ungarisch werden alle Fächer auf Deutsch unterrichtet. Neben dem Unterricht wird auch die Traditionspflege großgeschrieben. So auch bei der Erstkommunion, zu der die Mädchen sich entschieden haben, wie vor hundert Jahren, in ungarndeutscher Tracht zu kommen.

Die Ungarndeutschen – so die offizielle Bezeichnung der Volksgruppe, gängig ist auch (Donau-)Schwaben – sind nach den Roma die zweitgrößte Minderheit Ungarns. Stand Zensus 2022 haben sich 142.500 Menschen der deutschen Nationalität zugehörig bekannt, davon 28.500 mit Deutsch als Muttersprache. Die Zahlen sind zwar im Vergleich zur Volkszählung vor elf Jahren zurückgegangen, bedeutend ist dies laut Vertretern der Minderheit nicht, denn vor 20 Jahren lagen die Zahlen viel weiter zurück.

Das Gesetz in Ungarn anerkennt 13 Nationalitäten; auf die oft pejorativ wirkende Bezeichnung Minderheiten wird verzichtet. Diese können lokale, regionale und landesweite Selbstverwaltungen aufstellen. Die Ungarndeutschen sind hier weitaus am aktivsten. Sie haben nicht nur in 404 Ortschaften und landesweit engagierte Vertretungen, sondern sogar wiederholt einen eigenen Abgeordneten ins ungarische Parlament gewählt. Nicht nur auf dem Gebiet der politischen Vertretung kann Ungarn beim Umgang mit Minderheiten als Vorreiter in der EU dienen. Das neue Nationalitätengesetz desselben Jahres erweiterte auch die kulturelle Autonomie. In der Praxis heißt das, dass die Nationalitäten eigene kulturelle Vereine, Institutionen sowie Schul- und Bildungseinrichtungen in ihre Trägerschaft nehmen können. Die Ungarndeutschen sind auf diesem Gebiet Vorreiter: 72 Schulen und Kindergärten tragen ihre Selbstverwaltungen. In diesen Einrichtungen

haben sie die Gestaltungshoheit; die Finanzmittel für das Betreiben erhalten sie aus der Staatskasse.

Neben den Schulen sind auch die Kulturvereine feste Säulen im Leben der Ungarndeutschen. Der größte Verband unter den Nationalitätenvereinen in Ungarn ist der Landesrat ungarndeutscher Chöre, Kapellen und Tanzgruppen. Er hat 248 registrierte Mitgliedsorganisationen aller Altersgruppen, in denen sich etwa 7.000 Mitglieder engagieren. Diese Vereine sind keineswegs Überbleibsel einer alten Zeit. In Dörfern und Kleinstädten sind sie auch heute Anziehungspunkte für Kinder und Jugendliche, die gerne die Proben der örtlichen Kapelle oder Tanzgruppe besuchen.

Brauchtumpfle und Gemeinschaft klingen altmodisch? Die Mitglieder der Ungarndeutschen empfinden das nicht so.

Brauchtumpfle und Gemeinschaft klingen altmodisch? Die Mitglieder der Ungarndeutschen empfinden das nicht so. Diese Begriffe prägen auch das kirchliche Leben der Nationalität. Was zählt, sind die Pflege der Traditionen und des christlichen Brauchtums vor Ort. Dabei engagieren sich auf diesem Gebiet auch die örtlichen Kulturvereine. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Fronleichnamtradition in Budaörs (deutsch: Wundersch) bei Budapest. In Begleitung einer Kapelle ziehen die Gläubigen durch die Innenstadt, dabei wird der Weg mit einem Teppich aus bunten Blumenblättern geschmückt – ein Höhepunkt im Leben der Gemeinde. Derartige jahrhundertealte Tradition finden sich auch in Budakeszi (Wudigess) und Mór (Moor). Ebenfalls in Budaörs treffen wir auf eine andere, seit Jahrzehnten gepflegte Tradition: die Passionsspiele auf dem Steinberg. Die Aufführungen gehen auf einen örtlichen deutschstämmigen Lehrer, einen Pfarrer sowie

einen Kaplan in den 1930er Jahren zurück und wurden international berühmt, dann setzte ihnen der Zweite Weltkrieg ein Ende. Die Tradition und Texte galten jahrzehntelang als verschollen, bis sie 2003 wiederentdeckt wurden. Seitdem wird das einmalige Schauspiel regelmäßig vor einer prächtigen Kulisse mit Blick auf die Metropole Budapest gezeigt. Berühmtheit erlangte auch ein weiteres ungarndeutsches Passionsspiel, welches im schwäbischen Dorf Magyarpolány (Polan) aufgeführt wird.

Die Schaffung politischer Vertretungen und guter finanzieller Bedingungen seitens des ungarischen Staates tragen dazu bei, dass die deutsche Minderheit auf dem Gebiet der Bildung und Kultur Stabilität genießt. Die Beispiele zeigen jedoch, dass mehr noch die Gemeinschaft, die Menschen vor Ort etwas bewegen. Ohne ihr Engagement würde es heute auch in Pécs keine Erstkommunion in Mädchentracht geben. Es war eine Initiative der Familien, der Schule und der Kirche. Die Trachten liefen sich in alten Schränken finden oder von der Großmutter neu nähen. Für alle Beteiligten war es ein einmaliges Erlebnis und ein Ausruferzeichen von vielen für diese Ausprägung kultureller Vielfalt.

Krisztián Erdei ist Leiter des MCC-Bildungszentrums in Pécs (Fünfkirchen). Er ist Experte für Kommunikation und war als Pressesprecher für die Kurie, Ungarns Obersten Gerichtshof, sowie als Kommunikationsdirektor für das MCC tätig. Er befasste sich mit Belangen der ungarndeutschen Minderheit in Ungarn. Als Radiojournalist war er für die ungarndeutschen, deutschen sowie regionalen Sendungen zuständig.



Krisztián Erdei.

Foto: MCC

Diverses (aus) Ungarn

Ungarn blickt nicht nur auf eine vielfältige nationale Minderheitentradition zurück, auch seine religiöse Vielfalt ist bemerkenswert

VON TRISTAN CSAPLÁR UND ALEXANDER RASTHOFFER

In Zeiten, in denen Vielfalt und Diversität einen so prominenten Platz in unserer Diskursöffentlichkeit einnehmen wie nie zuvor, präsentiert sich ein Land in Ostmitteleuropa mannigfaltiger als es auf den ersten Blick erscheint. Ungarn war historisch immer schon ein Vielvölkerstaat. Auch heute noch leben neben den Ungarn 13 anerkannte Volksgruppen im Land.

Seit der demokratischen Wende nimmt sich Ungarn dieses Erbes bewusst und aktiv an und hat heute eines der liberalsten und umfassendsten kollektivrechtlichen Systeme zum Schutz und zur Repräsentation der Minderheiten. Die 13 Minderheiten umfassen autochthone ethnische Gemeinschaften, die sich seit mehreren hundert Jahren mit den Ungarn eine gemeinsame Heimat teilen. Laut der Volkszählung 2022 gehören der Größe nach hierzu die Roma (209 909), die Deutschen (142 551), die Slowaken, die Rumänen, die Ukrainer, die Kroaten, die Serben, die Polen, die Ruthenen, die Griechen, die Bulgaren, die Armenier und die Slowenen.

Insgesamt identifizieren sich mehr als eine halbe Million der 9,6 Millionen Ungarn (also ca. 5 Prozent) als Angehörige einer Minderheit. Diese Ergebnisse stellen jedoch eher Richtwerte dar, da Minderheitszugehörigkeit auf Selbstbekenntnis basiert. Gerade die Zahl der Roma-stämmigen Ungarn dürfte deutlich höher liegen und wird eher bei einer Million verortet.

Nachdem die Belange der Nationalitäten im Kommunismus als überflüssiges nationalstisches Relikt abgetan wurden und wenig Beachtung bis offene Feindseligkeit erfahren, erlebte der Minderheitenschutz nach der Wende eine Aufwertung: 1993 wurden alle seit mindestens einem Jahrhundert auf dem Territorium Ungarns lebenden Minderheiten als „staatsbildender Faktor“ anerkannt. Mit dem 2011 verabschiedeten ungarischen Grundgesetz wurde den Minderheiten ein noch höherer Stellenwert eingeräumt. Ihre Bezeichnung wurde nun zu Nationalitäten geändert, was ihren nationbildenden Charakter unterstreicht. Diesen Nationalitäten wird das Recht zum freien Bekenntnis und zur Bewahrung der eigenen Identität zugesichert, welches den Gebrauch der Muttersprache, den individuellen und kollektiven Namensgebrauch in der eigenen Sprache, die Pflege der eigenen Kultur und den Unterricht in der Muttersprache umfasst. Ebenso besitzen sie seither die Möglichkeit, kommunale, regionale und Landes-Selbstverwaltungen aufzustellen. Ferner ist die politische Vertretung seit 2011 bis auf die Ebene der Ungarischen Nationalversammlung gesetzlich garantiert.

In Ungarn verfügt jede Nationalität über das Recht, einen Sprecher mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht ins Parlament zu entsenden, sofern ihr Wahlvorschlag mindestens eine Wahlstimme erreicht. Dieses Rederecht gilt auch in der jeweiligen Nationalitätensprache. Des Weiteren sind die Nationalitäten kategorisch von der 5-Prozent-Hürde ausgenommen und erhalten ein privilegiertes Parlamentsmandat bereits mit nur einem Viertel der für den Mandats-erwerb regulär benötigten Listenstimmen.

Im Jahre 2018 ist es den Ungarndeutschen erstmals gelungen, mit einem mit allen Rechten ausgestatteten Abgeordneten in die ungarische Nationalversammlung einzuziehen. Im Jahre 2022 wurde sein Mandat bestätigt. Ein solcher Mandats-erwerb wäre neben den Deutschen aufgrund ihrer Größe noch für die Roma rea-

listisch, da die übrigen Nationalitäten eine zu geringe Mitgliederzahl aufweisen. Aufgrund politischer Differenzen innerhalb der Roma ist es ihnen allerdings bei der letzten Wahl nicht gelungen, eine gemeinsame Liste aufzustellen. Die Eintragung ins Nationalitätenwahlregister beruht auf Selbstauskunft. Die persönlichen Angaben über das Bekenntnis zu einer Nationalität können daher theoretisch mehrfach geändert werden, sei es von Wahl zu Wahl oder innerhalb der Frist bei derselben Wahl. Ungarn blickt aber nicht nur auf eine vielfältige Minderheitentradition zurück, auch die religiöse Vielfalt des Landes ist bemerkenswert. Waren die Ungarn zunächst ab dem Jahr 1000

Ungarn die reformierte und unter den Siebenbürger Sachsen die lutherische Tradition aufleben.

Die ostungarische Metropole Debrecen wurde zum Zentrum der Reformierten und bekam den Beinamen „calvinistisches Rom“. Die Ungarische Reformierte Kirche wurde zum Symbol der Nationalkultur jener Ungarn, die gegen die Habsburger waren. Die Gegenreformation konnte in Ungarn nie vollständig greifen. Das Land konnte sich einen starken Pluralismus religiöser Bekenntnisse bewahren, der bis heute die für Ungarn charakteristische Toleranz gegenüber religiösen Fragen prägt. Auch heute spiegelt sich die konfessionelle

Prägung, zu dem sich laut Zensus in Ungarn 1,8 Prozent der Bevölkerung bekennen. Dass diese religiöse Prägung sogar die nationale Überlagerung kann, zeigt das Beispiel der westungarischen Grenzstadt Sopron (Östernburg).

Ungarn betont sein jüdisch-christliches Erbe

Als sich die kulturell deutsch geprägte Stadt nach dem Ersten Weltkrieg in einer Volksabstimmung für den Beitritt zu Österreich entscheiden konnte, wählte die dortige deutsche Bevölkerung den Verbleib bei Ungarn. Die evangelisch-lutherisch geprägte

viertgrößte jüdische Gemeinde Europas, sondern auch die größte in Mittel- und Osteuropa. Alle drei großen Ausrichtungen des Judentums sind in Ungarn institutionell vertreten. Auch finden sich in Ungarn die größte und die drittgrößte Synagoge Europas; die erste, die Große Synagoge in Budapest, ist überdies die zweitgrößte der Welt. In Békéscsaba wurde 2008 eine neue Synagoge eingeweiht, die der größte Synagogenneubau in Ostmitteleuropa seit 1945 ist.

Die Ungarn betonen stets das jüdisch-christliche Erbe des Landes. Budapest ist zudem eine der wenigen Großstädte Europas, in der mehr Juden als Muslime leben. Seit dem Ausbruch des Gaza-Konflikts trägt die israelische Fußballnationalmannschaft ihre Heimspiele in Ungarn aus. Jüngst wurde bekannt, dass auch das Heimspiel der belgischen Nationalmannschaft gegen Israel in Ungarn ausgetragen wird, da die Sicherheit der israelischen Spieler und Fans in Belgien nicht gewährleistet werden konnte.

Im Vergleich beispielsweise zu Deutschland ist die Anzahl antisemitischer Straftaten gering. In Ungarn stieg die absolute Zahl antisemitischer Taten von 128 aufgezeichneten Fällen im Jahr 2023 (Deutschland: 5164). In den zehn Jahren zuvor bewegte sich die Zahl zwischen 30 (2020) und 61 (2013) Fällen (Deutschland: etwa 1800); im Vorjahr hatte sie bei 45 gelegen (Deutschland: 2641). Der Anteil der Gewalttaten blieb allerdings konstant gering bei einer einzigen erfassten Tat 2023 (Deutschland: 148). Dennoch wird Ungarn gerade in deutschen Medien besonders heftig für seinen vermeintlich virulenten Antisemitismus kritisiert.

Ungarn ist anders als man denkt. Wenn man jenseits der Oberflächenschichten der landläufigen Wahrnehmung des Landes kratzt, kommt schnell eine vielfältige Tiefenschicht zum Vorschein. Ungarn vereint in einem europäischen Mikrokosmos eine Pluralität verschiedener Nationalitäten und Religionen, getreu dem Motto der Europäischen Union „Vielfalt in Einheit“. In diesem Sinne lohnt sich ein ausführlicher Blick auf Ungarn. Die Art des Umgangs mit den nationalen Minderheiten in Ungarn setzt nicht nur europäische Maßstäbe, sondern ist auch ein Ausdruck und Gradmesser der demokratisch verfassten Gesellschaft.

Alexander Rasthofer ist Forschungs-koordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium. Er ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf den politischen Systemen Ostmitteleuropas.
Tristan Csaplár ist Forschungs-koordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium. Er ist Historiker mit Schwerpunkt auf die Geschichte Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert.



In Ungarn verfügt jede Nationalität über das Recht, einen Sprecher mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht ins Parlament zu entsenden. Foto: Shutterstock

ein katholisches Königreich, etablierte sich die religiöse Vielfalt schnell. Im Zuge der Reformation fand die helvetische Ausrichtung viele Anhänger.

Gegenreformation konnte nie vollständig greifen

Durch die kurz darauffolgende osmanische Eroberung und 150 Jahre währende Dreiteilung des Landes konnte sich die Glaubensvielfalt langfristig bewahren. Während die katholische Gegenreformation nur von den Habsburgern kontrollierten Teil des Landes erreichte, konnten im osmanischen Ungarn und insbesondere im autonomen Fürstentum Siebenbürgen infolge der religiösen Toleranz oder Gleichgültigkeit der muslimischen Eroberer unter den

Vielfalt des Landes noch in den Zensusdaten wider, wenglich die allgemeine Tendenz sinkender Religiosität auch in Ungarn sichtbar wird. Mitunter begünstigt durch das Erbe des Sozialismus, identifiziert sich ein nicht unwesentlicher Teil der Ungarn von über 1,5 Millionen (16,1 Prozent) als konfessionslos. Der Anteil gläubiger Christen nahm von 74,4 Prozent (2001) auf 42,5 Prozent (2022) ab. Von diesen sind 27,5 Prozent, vorwiegend im Westen und Nordwesten des Landes, römisch-katholischer Konfession, 9,8 Prozent hingegen, vorwiegend im Osten des Landes, sind Reformierte. Nach wie vor zieht sich hier also eine kulturelle Trennlinie durch das Land. Ein kurioses Beispiel liefert der Blick auf die Sendekarte des Ungarischen Katholischen Radios. Während dieses im Westteil des Landes ein flächendeckendes Angebot mit über 20 Stationen betreibt, finden sich jenseits der Donau lediglich zwei vereinzelte Standorte.

Eine weitere prägende Religion im äußersten Nordostteil des Landes stellt die griechisch-katholische Konfession dar, deren Anhänger ursprünglich primär aus ruthenischen und rumänischen Minderheiten-Angehörigen bestanden. Heute ist sie mit drei Diözesen regional tief verwurzelt und umfasst laut dem aktuellen Zensus 1,7 Prozent der Ungarn. Die Vertreter der griechischen Nationalität in Ungarn sind vorwiegend griechisch-orthodox. Unter den Ungarndeutschen wiederum vorherrschend ist neben dem Katholizismus das Luther-

ten Ungarndeutschen in Sopron bevorzugten die Zugehörigkeit zum religiös toleranteren Ungarn gegenüber dem katholischen Österreich. Neben den christlichen Konfessionen ist auch die jüdische Gemeinschaft ein bestimmender Teil der ungarischen Geschichte. Der Anteil der Juden in Ungarn betrug zeitweise über fünf Prozent der Bevölkerung. In der Katastrophe des ungarischen Holocausts wurden Schätzungen zufolge von den damals etwa 800 000 ungarischen Juden bis zu 565 000 ermordet. Heute leben noch schätzungsweise 60 000 bis 110 000 Juden in Ungarn, die große Mehrheit von 80 Prozent in Budapest. Die ungarische jüdische Gemeinde zählt offiziell knapp 47 000 Mitglieder. Damit beherbergt Ungarn nach Frankreich, Großbritannien und Deutschland nicht nur die



Alexander Rasthofer.

Foto: MCC



Tristan Csaplár.

Foto: MCC

Impressum „IM FOKUS“
Verantwortlich für den Inhalt der Verlagssonderseiten: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit, Mathias Corvinus Collegium, Budapest/Ungarn
Web: www.magyarmentintezet.hu
V.i.S.d.P.: Bence Bauer
Redaktionelle Umsetzung für „Die Tagespost“:
Stephan Baier, Sally-Jo Durney